Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4641

31. 05. 89

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Vennegerts, Hoss und der Fraktion DIE GRÜNEN

zu den Großen Anfragen der Abgeordneten Frau Vennegerts, Sellin, Hoss und der Fraktion DIE GRÜNEN

Beteiligung von Daimler-Benz an Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) – I –

hier: I. Industriepolitische Bedeutung
II. Konzernmacht und demokratische Verfassung
III. Die Airbus-Subvention
— Drucksachen 11/3397, 11/4375 —

Beteiligung von Daimler-Benz an Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) – II –

hier: I. Die rüstungswirtschaftliche Bedeutung der Beteiligung
II. Das Beschaffungsvorhaben Jäger 90
III. Die Forschungs- und Entwicklungsförderung
IV. Kontrollmöglichkeiten des Bundesrechnungshofes
— Drucksachen 11/3398, 11/4376 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Entscheidung des Bundeskartellamtes, die geplante Beteiligung von Daimler-Benz an MBB zu untersagen, und fordert den Bundeswirtschaftsminister auf, keine Sondergenehmigung zu erteilen.

Bonn, den 31. Mai 1989

Frau Vennegerts
Hoss
Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Durch die Fusion von Daimler/MBB würde es zu einer völligen Verschmelzung der Interessen des Unternehmens mit den Interessen des Staates kommen. Es entsteht zum ersten Mal ein militärisch-industrieller Komplex mit unvertrebar starkem politischen Einfluß. Das „Rüstungsmonopol" Daimler/MBB wird über erhöhte politische Macht verfügen, um in Zukunft nach Belieben weitere Rüstungsaufträge oder zusätzliche Subventionszahlungen zu Lasten der Steuerzahler zu bewirken. Die betroffenen Bundeslän-

der und Kommunen, kleine und mittlere Zulieferbetriebe, die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen geraten in ein ökonomisches und damit letztlich politisches Abhängigkeitsverhältnis. Auch jede künftige Bundesregierung wird sich ständig mit neuen Forderungen von Daimler-Benz konfrontiert sehen und am Ende anfällig für wirtschaftlichen Druck und Erpressungsversuche, wie sie sich aufgrund verschiedener Äußerungen des Daimler-Vorstandes bereits heute feststellen lassen. Die Politik darf aber nicht zu einem Spielball eines nicht mehr kontrollierbaren militärisch-industriellen Komplexes werden. In der Öffentlichkeit wird vom BMWi und interessierten Kreisen versucht, den Eindruck zu erwecken, als sei die Existenz und Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft bedroht, wenn es nicht zu der Fusion kommt.

Es ist jedoch nicht vorstellbar, daß die Entstehung einer derartigen Machtkonzentration durch „gesamtwirtschaftliche Vorteile" oder ein „überragendes Interesse der Allgemeinheit" gerechtfertigt sein könnte, denn durch den geplanten Zusammenschluß würde mit staatlicher Hilfe ein Industriekonzern entstehen,

— der mit Abstand die größte Umsatz- und Ressourcenstärke deutscher Unternehmen hätte,
— auf dem Gebiet der Luft- und Raumfahrt und dem größten Teil der Wehrtechnik in der Bundesrepublik Deutschland eine überragende Stellung hätte und
— der unter maßgeblichem Einfluß der mit Abstand größten deutschen Bank steht.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333